



## Impulse für die neue Legislaturperiode

### I. Förderung eines transparenten und vorhersehbaren FRAND-Lizenzierungssystems für SEPs in Deutschland und der Europäischen Union (EU)

#### **Formulierungsvorschlag:**

*Wir überprüfen die Angemessenheit und Wirksamkeit des gegenwärtigen Systems zur Lizenzierung von standardessenziellen Patenten (SEPs) in Deutschland und der Europäischen Union, um eine faire Balance zwischen den Interessen von Patentinhabern und Nutzern sicherzustellen.*

#### **Begründung:**

Das Zusammenspiel von Patenten und Standards ist wichtig für Innovation und Wachstum. Standards gewährleisten eine breite Akzeptanz interoperabler und sicherer Technologien bei Unternehmen und Verbrauchern. Ein transparentes und vorhersehbares Lizenzierungssystem für SEPs würde Anwender (84% der SEP-Lizenznehmer sind KMU) mehr Planungssicherheit schaffen und vor überhöhten Lizenzkosten und Rechtsstreitigkeiten schützen. Gleichzeitig würde es die deutsche Wettbewerbsfähigkeit stärken, denn es würde deutsche Unternehmen in die Lage versetzen, mehr Innovationen zu liefern. SEPs spielen auch eine entscheidende Rolle bei Entwicklungen wie dem Internet der Dinge, KI, Industrie 4.0, vernetzten Fahrzeugen, Smart Cities und Technologien zur Klimawandelminderung.

### II. Bekämpfung von Produkt- und Markenpiraterie im Online-Handel

#### **Formulierungsvorschlag:**

*Wir setzen uns für die konsequente Umsetzung des Digital Services Act (DSA) sowie des Aktionsplans der Bundesregierung zu E-Commerce ein, um Desinformation, illegale Online-Inhalte und nicht rechtskonforme Produkte im Online-Handel wirksam zu bekämpfen.*

#### **Begründung:**

Produktfälschungen sind in Deutschland und in der EU ein wachsendes Problem. Der Handel mit Produktfälschungen schadet nicht nur den betroffenen Unternehmen durch Umsatzeinbußen und Reputationsschäden, sondern gefährdet auch die Konsumenten, die oft unwissentlich gefälschte Produkte erwerben. Produktfälschungen können Qualitätsmängel, Sicherheits- oder Gesundheitsrisiken mit sich bringen. Für eine effektive Umsetzung des Digital Services Act (DSA) ist eine stärkere Einbindung der Wirtschaft, insbesondere der Markeninhaber, unerlässlich.

Markeninhaber besitzen die notwendige Expertise, um Fälschungen und Verstöße gegen die EU-Gesetzgebung zu identifizieren und zu melden. Ihre Erfahrung und enge Zusammenarbeit mit Strafverfolgungsbehörden und Online-Plattformen belegen ihre Kompetenz. Dennoch fehlt im Beirat des deutschen DSC, der Bundesnetzagentur, die erforderliche Expertise zur Bekämpfung illegaler Produkte. Der Bereich Wirtschaft ist dadurch personell und fachlich unausgewogen aufgestellt. Zudem ist in Deutschland im System vertrauenswürdiger Hinweisgeber die Anerkennung von Markeninhabern nicht ausdrücklich geregelt, obwohl die Anerkennung von Markeninhabern als vertrauenswürdiger Hinweisgeber im Rahmen des DSA möglich ist, wenn sie bestimmte Kriterien erfüllen.



### III. Verankerung von Cybersicherheits- und Nachhaltigkeitskriterien in der öffentlichen Beschaffung

**Formulierungsvorschlag:**

*Bei der Reform des öffentlichen Vergabewesens befürworten wir eine stärkere Berücksichtigung von nichtpreislichen Kriterien z. B. Cybersicherheits- und Nachhaltigkeitskriterien im Vergabeverfahren.*

**Begründung:**

Sowohl auf europäischer Ebene als auch auf nationaler Ebene findet eine Überarbeitung des öffentlichen Vergabewesens statt. Die Bedrohung durch staatlich gelenkte Cyberangriffe beispielsweise aus Russland und China hat die Bedeutung der IT-Sicherheit noch stärker in den Vordergrund gerückt. Die aktuelle Bedrohungslage sollte bei der öffentlichen Beschaffung berücksichtigt werden. Gleichzeitig leisten nachhaltige Beschaffungskriterien, etwa durch die Berücksichtigung von sozialen und ökologischen Aspekten einen wichtigen Beitrag zum Klima- und Ressourcenschutz.

Dieser Vorschlag könnte auf bereits bestehenden Rechtsvorschriften, insbesondere im Sicherheits- und Verteidigungssektor, aufbauen, die geeignet sind, Bewerber oder Bieter gezielt auszuwählen oder auszuschließen (z. B. in Deutschland das IT-SiG 2.0, KRITIS). Auf die beschriebene Weise kann sichergestellt werden, dass die sichersten und innovativsten Technologien beschafft werden, um die Digitalisierung, Resilienz, Sicherheit und Nachhaltigkeit in der Wirtschaft und im öffentlichen Sektor der EU voranzutreiben.

### IV. KI und Future of Work

**Formulierungsvorschlag:**

*Hybride Arbeitsmodelle und der Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) in der Arbeitswelt sollen durch einen modernen, unbürokratischen Rechtsrahmen unterstützt werden, der Flexibilität, Produktivität und Mitarbeiterwohlbefinden fördert.*

**Begründung:**

Die Arbeitswelt befindet sich an einem Wendepunkt: Hybride Arbeitsmodelle und der Einsatz von KI verändern, wie und wo Arbeit stattfindet. Gleichzeitig steigen die Erwartungen der Arbeitnehmer an Flexibilität, Erfüllung und technologische Unterstützung. KI-Lösungen bieten das Potenzial, Produktivität zu steigern, Arbeitsprozesse zu erleichtern und neue Wege der Zusammenarbeit zu ermöglichen. Doch der Wandel erfordert einen modernen, unbürokratischen Rechtsrahmen, der Innovation fördert, Flexibilität ermöglicht und Mitarbeitende gezielt auf neue Arbeitsweisen vorbereitet. Nur so kann die Zukunft der Arbeit erfolgreich gestaltet werden.

**Linda van Renssen**

Director Government Affairs & Public Policy

DACH | Israel | Poland

[linda.van.rensen@hp.com](mailto:linda.van.rensen@hp.com)

M +49 173 7048909

HP Deutschland GmbH